

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IX.
Verleger: Kurt Norden 2593 und 2594.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IX.
Verleger: Kurt Norden 2704.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 3 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifenband 4 M.

Berliner Organ

Inserate kosten die Nebenspaltsene Nonpareilzeile ober deren Raum 70 Pf. Kleine Anzeigen das setzgedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreispaltige Reklamezeile 3 M., Teuerungszuschlag 20 %. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 2

Montag, den 6. Januar 1919

Nummer 9

Revolutionärer Konflikt in Berlin.

Die revolutionären Arbeiter für Eichhorn. — Besetzung des „Vorwärts“ und des Wolff'schen Büros.

Der Kampf um das Polizeipräsidium.

Die Entlassung des Polizeipräsidenten Eichhorn hat zu einem schweren Konflikt geführt. Die Regierung Ebert-Scheidemann hat wenig Voraussicht bewiesen, indem sie, dochend auf ihre vermeintliche Allmacht, den Mann kurzerhand entlassen hat, den die revolutionären Arbeiter Berlins als einen ihrer Vertrauensmänner betrachteten.

Eichhorn hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß er sein Amt nicht von der Regierung, sondern von der revolutionären Arbeiterkraft empfangen hat und es nur in ihre Hand zurücklegen wird, sobald sie es fordert. Die Arbeiterkraft Berlins aber will Eichhorn nicht fallen lassen. Sie fordert sein Bleiben. Denn sie sieht in der Besetzung des Berliner Polizeipräsidiums mit einem ihrer Vertrauensmänner eine wichtige Machtposition der sozialistischen Revolution, die sie nicht kampflos räumen will. Sie hat kein Vertrauen zu der Regierung Ebert-Scheidemann und kein Vertrauen zu dem Manne, der aus ihren Händen das Präsidium empfangen soll.

Von diesem Willen hat die große Demonstration Zeugnis abgelegt, die heute Berlin ihren Stempel aufgedrückt hat. Trotzdem die Vorbereitungen nur ganz unvollkommen sein konnten, haben Tausende und Tausende dem Rufe Folge geleistet und gegen die Entlassung Eichhorns Protest erhoben.

Was nun? Die Berliner revolutionären Arbeiter wollen die Entlassung Eichhorns nicht. Eichhorn ist in seinem Amt geblieben. Will die Regierung Ebert-Scheidemann auf neue es mit Gewalt versuchen wie am 24. Dezember gegen die Matrosen? Die Folgen mühten noch schlimmer und weittragender werden als damals. Damals hatte sie sich selbst zu Verhandlungen genötigt gesehen. Jetzt ist die Situation noch weit ernster. Damals besaßen sich in der Regierung noch Männer, die auch das Vertrauen der Berliner Arbeiterkraft genossen. Die sind seitdem ausgeschieden. Die Folgen zeigen sich bereits heute.

Die Regierung Ebert-Scheidemann mag heute noch glauben, sich auf die Gewalt stützen zu können. Sie wird sich täuschen. Sie hat sich im Vertrauen auf ein paar Wohlgerühnte eingebildet, daß sie auf die Stimmung der Berliner revolutionären Massen keine Rücksicht zu nehmen braucht, und so eine Lage geschaffen, die voll ernstester Schwierigkeiten ist.

Beharrt sie auf diesem Wege, vertieft sie den Gegensatz zu den revolutionären Massen noch weiter, so beschwört sie unendliches Unglück herauf und ruft alle revolutionären Kräfte der Berliner Arbeiterkraft gegen sich auf.

Die Demonstration.

In der Siegesallee.

Die Regierung, die glaubte, den Polizeipräsidenten ohne weiteres entlassen zu können, hatte nicht mit den revolutionären Arbeitern und Soldaten gerechnet. In vielen Tausenden erschienen sie auf dem Plan, um den Streich der Ebert-Regierung zu parieren.

Ganz Berlin stand im Zeichen des Protestes gegen die Entlassung Eichhorns. Von den Vormittagstunden an durchquerten mächtige Demonstrationssäue die Stadt, die der Siegesallee, dem Versammlungsorte, zuströmten. Und hier bot sich dem Beobachter ein prächtiges Bild dar. Eine ungeheure, unübersehbare Menschenmasse wogte hin und her. Feuerrote Fahnen lugten aus dem schwarzen Menschenmeer triumphierend hervor. Auch viele Embleme und Plakate, die den Willen der Demonstranten verkündeten, wurden mitgeführt. „Hoch

Eichhorn!“, „Nieder mit Ebert-Scheidemann!“, „Hoch Liebknecht!“, „Nieder mit den Kapitalisten!“, diese Parolen hürmten immer wieder auf einen ein. Besonders zahlreich waren die Soldaten vertreten. Und unter diesen wiederum fielen Vertreter der jüngeren Jahrgänge besonders auf. Sie forderten ihre sofortige Entlassung und die sofortige Demobilisation. Auch die junge Garde des Proletariats hatte sich zahlreich

Arbeiter! Soldaten! Genossen!

Mit überwältigender Wucht habt Ihr am Sonntag Euren Willen kundgetan, daß der letzte bössartige Anschlag der blutbestochten Ebert-Regierung zuschanden gemacht wurde.

Um Größeres handelt es sich nunmehr! Es muß allen gegenrevolutionären Mächtschaften ein Riegel vorgeschoben werden!

Deshalb heraus aus den Betrieben!

Erscheint in Massen heute 11 Uhr vormittags in der Siegesallee!

Es gilt die Revolution zu besfestigen und durchzuführen!

Auf zum Kampfe für den Sozialismus!
Auf zum Kampfe für die Macht des revolutionären Proletariats!

Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann!

Berlin, den 6. Januar 1919.

Die revolutionären Obleute und Vertrauensmänner der Großbetriebe Groß-Berlins.

Der Zentralvorstand der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).

eingesunden. Selbstverständlich waren auch die Arbeiter der bekannten Groß-Betriebe, diese Sturmtruppe der Revolution, vollständig anwesend.

Lange dauerte es, bis der Wille dieser Hunderttausende in eine einheitliche Bahn gelenkt wurde. Doch über und hinüber lönten nur die Rufe: „Hoch Polizeipräsident Eichhorn!“, „Nieder mit der Ebert-Regierung!“, dazwischen mischten sich auch Ausrufe gegen den Kapitalismus. Da erklimmte ein Soldat eines der höchsten Wartegebäude. Er tritt in dem Bereich des Redners Ruhe ein. In kurzen markigen Sätzen brandmarkt er die Entlassung Eichhorns. Er fordert die Bildung einer revolutionären Kampftruppe aus den Reihen der Soldaten, der Sicherheitsleute und des Proletariats. Stürmische Zustimmung findet er, als er fordert, doch endlich zur Tat zu schreiten, die gegenrevolutionäre Regierung zu besfestigen.

Nach ihm spricht Liebknecht, der die Wünsche der Soldaten unterstreicht, und insbesondere die Entlassung der Jahrgänge 1890—99 fordert. Die Regierung wolle offenbar in diesen jungen Weuten sich eine Prätorianer-Garde schaffen, die zu allem bereit sei. Aber die Herzen von der Regierung werden sich nicht berechnen. Die Soldaten, einmal in den politischen Kampf hineingezogen, werden sich doch schließlich auf die Seite des revolutionären Proletariats stellen. Liebknecht findet stürmischen Applaus.

Darauf formierten sich die Massen zu einem gewaltigen Zuge,

wos bei der höchsten Spitze der Demonstranten mit einigen Schwierigkeiten verknüpft ist. Durch das Brandenburger Tor geht es, unter unaufhörlichem Rufen „Hoch Eichhorn!“, „Nieder die Ebert-Regierung!“, nach dem Ministerium des Innern. Am Brandenburger Tor boten die massenhaft zur Verteilung bereit liegenden Regierungsflyerblätter einigen Demonstranten den Anlaß, sie zu einem Schalterhaußen zu verwenden.

Vor dem Ministerium des Innern hielt Liebknecht abermals eine Ansprache. An der Spitze des Reiches, sagte er, stehen gegenwärtig Verbrecher. Das Proletariat dürfe sich nicht mit bloßen Demonstrationen begnügen. Es müsse sich bewaffnen und einen eisernen Ring um das Polizeipräsidium und die wahrhaft revolutionären Führer bilden.

Darnach zogen die Massen, denen sich auf dem Wege immer mehr Demonstranten angeschlossen,

nach dem Polizeipräsidium.

Als sie hier auf dem Balkon des großen Gebäudes Eichhorn mit Liebknecht und Ledebour erblickten, brachen donnernde Schreie aus.

Nur allmählich gelang es Ledebour, der zur Menge sprechen wollte, sich Gehör zu beschaffen. Er teilte mit, daß im Laufe des heutigen Tages Eugen Ernst und der Stadtkommandant Fischer auf dem Polizeipräsidium erschienen sei, um Eichhorn zu ersuchen, seinen Posten zu verlassen. Eichhorn habe sich natürlich geweigert. Er verlangte, daß der Minister Ertich ihm schriftlich die Gründe seiner Entlassung angebe, daß er sich dazu äußern könne. Nicht das Ministerium des Innern, sondern Vollzugsausschuh des A. und S. Rates Berlins könne Eichhorns Entlassung aussprechen. Ledebour erklärte weiter, daß es bei dem ganzen Unternehmen den Scheiternmännern darauf ankomme, dem Berliner Proletariat auch den letzten Pfennig der Revolution zu rauben. Die Berliner Arbeiter mögen darum auf dem Posten und jederzeit bereit sein, denartige konterrevolutionäre Versuche im Keime zu ersticken. Stürmischer, langanhaltender Beifall quittierte diese Aufforderung.

Nach Ledebour sprach Däumig, und nach ihm ein Mitglied des Sicherheitsdienstes. Die Menge verlangte stürmisch, daß Eichhorn spreche. Eichhorn trat, jubelnd begrüßt, vor und lächelte aus: Er werde solange auf seinem Posten bleiben, wie es das Berliner Proletariat verlange. Seine ganze Macht werde er dazu benutzen, die Revolution zu sichern. „Ich habe mein Amt von der Revolution empfangen, und ich werde es nur der Revolution zurückgeben!“

Dann ergriß nochmals Liebknecht das Wort. Inzwischen ist es dunkel geworden, und die Menge geht unter Hochrufen auf Eichhorn und Liebknecht auseinander. Bis zum späten Abend durchzogen Demonstrationssäue nach verschiedenen Himmelsrichtungen die Stadt. Ein Zug steuerte nach dem Vorwärtsgebäude. Eine Anzahl Arbeiter, gereizt durch die Schreibweise des

„Vorwärts“,

in die er bald nach der Besetzung am Besinnachtsfeierabend in allgewohnter Weise sich hineingearbeitet hat, besetzte das Gebäude. Die Redakteure hatten sich bis zum späten Abend nicht eingesunden. Am Montag früh wies ein neuer „Roter Vorwärts“ erscheinen.

Ein anderer Zug hatte sich als Ziel das

Wolff'sche Telegraphen-Bureau,

gesetzt, dessen lägenhafte Berichterstattung besonders seit dem Austritt der Vertreter der A. S. P. aus der Regierung sprichwörtlich geworden ist. Bis zum Redaktionsstuhle hatten die Arbeiter auf dem Bureau Wache.

Bis in die Nacht hinein bot Berlin das Bild eines regen politischen Lebens dar. An den Straßenecken und öffentlichen Plätzen bildeten sich Gruppen, die die politische Lage diskutierten.

Weitere Besetzungen von Berliner Zeitungen.

Im Laufe des Abends wurden noch besetzt:

Wolff'sche Telegraphen-Bureau, „Berliner Tageblatt“, „Morgenzeitung“, „Volksgelung“.

Münchener (Vossische Zeitung), „D. S. am Mittag“, „Morgenpost“.
Scherl („Postbote“, „Tag“).

Das Stadttinnere hat noch bis in die späten Abendstunden hinein ein sehr bewegtes Bild. Besonders auf dem Alexanderplatz, in der Nähe des Polizeipräsidenten, sah man verschiedene mehr oder minder starke Menschengruppen diskutierend beisammen stehen. Der Anschlag gegen Eichhorn und die revolutionäre Arbeiterkraft bildete das Gesprächsthema, und man hörte auch hier fast nur Besprechungen gegen die Regierung; seltener fanden sich Verteidiger für sie. Auch im Präsidiumsgebäude selbst ging es lebhaft her. Bewaffnete Sicherheitsmannschaften und Matrosen sah man kommen und gehen. Es sah aus, als bereite man sich auf kommende Dinge vor.

Vor dem „Vorwärts“-Gebäude stand ebenfalls noch in später Abendstunde eine noch Hunderten zählende Menschenmenge. Auf dem Strophenbamm brannten gewaltige Stöße von Flugblättern, die von den Demonstranten aus der Druckerei des „Vorwärts“ herausgeschleppt und angezündet worden waren.

Auf dem Alexanderplatz.

Über die Kundgebungen auf dem Alexanderplatz meldet die Telegraphen-Union noch das folgende:

Am Sonntag nachmittag fanden vor dem Berliner Polizeipräsidenten gewaltige Demonstrationen zugunsten des bisherigen Polizeipräsidenten Eichhorn statt. Es wurden seitens der Demonstranten lebhaft Drohreden auf Eichhorn ausgebracht.

Eine Deputation bestehend aus Ledebour, Däumig und Liebknecht begab sich zum Polizeipräsidenten Eichhorn und ersuchte ihn im Namen eines großen Teiles der Berliner Bevölkerung, auch fernerhin im Amte zu verbleiben. Die Deputation hat den Polizeipräsidenten, von einem Fenster des Polizeipräsidenten zu der angelammelten Menge sprechen zu dürfen, was auch gestattet wurde. Auch Eichhorn sprach zu den Demonstranten und dankte für die ihm dargebrachten Ovationen und das Vertrauen, das ihm seitens der Berliner Bevölkerung entgegengebracht wurde.

Einem Vertreter der Telegraphen-Union gegenüber äußerte sich der Polizeipräsident Eichhorn folgendermaßen: „Ich kann Ihnen über die weitere Entwicklung naturgemäß nichts Bestimmtes sagen, aber ich kann Ihnen mitteilen, daß ich den Vertretern der preussischen Regierung aufgefordert habe, mir schriftlich die Gründe meiner Entlassung mitzuteilen, und daß ich die Absicht habe, auf diese schriftliche Antwort schriftlich zu antworten. Ferner fordere ich, daß mir das Recht erteilt wird, vor dem Zentralrat Rechenschaft über meine bisherige Tätigkeit abzulegen. Ich bin auch der Ansicht, daß der Berliner Sicherheitsdienst, wie auch die gesamten Angelegenheiten des Polizeipräsidenten dem Berliner Vollzugsrat des Arbeiters- und Soldatenrats unterstellt, und deswegen verlange ich, daß meine Angelegenheit, die die Sache der gesamten Berliner Bevölkerung ist, auch diesem unterbreitet wird. Von der Entscheidung dieser Behörden mache ich meine weiteren Entschlüsse abhängig.“

Eine Rede Eichhorns.

In einer überfüllten Versammlung in den Germania-Sälen sprach am Sonntag vormittag mit großem Beifall begrüßt Gen. Eichhorn. Die Tagesordnung lautete: Die politische Lage und die Nationalversammlung, Eichhorn führte aus:

Eine Wahlversammlung sollte nach den Vorbereitungen der Veranlasser die heutige Versammlung sein, aber der eberne Gang der Revolution richtet sich nicht nach den Plänen einzelner Funktionäre. Das Thema Nationalversammlung ist heute deplatziert, wo die Ereignisse die Ereignisse der Revolution in Frage zu stellen drängen. Wir stehen vor der zweiten Etappe der Revolution, die nicht so leicht zu überwinden sein wird wie die erste. Es rufen sich jetzt die Fehler, Kompromisspolitik in der Beziehung der Regierung zu den Nationalsozialisten um. Scheidemann konnte man keine revolutionäre Politik machen. Deren größte Sorge war ja schon vor der Revolution, das Bürgertum durch proletarische Klassenpolitik nicht zu schädigen. Denn nur um die Konstante zu belästigen oder ein Schwachparlament zu schaffen, hätte sich kein Arbeiter den Schnupfen geholt, geschweige denn sein Leben aufs Spiel gesetzt. Es handelt sich für uns um die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse durch den Sozialismus; aber wir sehen bis heute nicht den lehesten Anfang einer Sozialpolitik. Wenn man ernstlich gewollt und den Mut dazu gehabt hätte, hätte man mit einem Schlage auf gewisse Bergwerke und Großbetriebe die Hand legen können. Heute erleben wir, daß unter der Regierung Ebert-Scheidemann die Arbeiterbewegung gegen die Revolution aufgestellt werden!

Und wie sieht es mit den politischen Reformen aus? Die Republik ist ein leerer Rahmen ohne Inhalt, wenn der ganze alte Verwaltungsapparat intakt bleibt. Die Befreiung der alten Herrschaftsinstitutionen kann nur das Werk einer Revolution sein, wie einer Nationalversammlung. Die Berliner Polizeidirektion ist ein solches Herrschaftsinstrument, an dessen Spitze mich die Revolution gestellt hat, nicht die Regierung.

„Ich bleibe so lange auf meinem Posten, bis mich die Berliner Arbeiterkraft abberufen!“

Nachdem die Revolution restlos zur Durchführung zu bringen, sehen wir, daß von der Regierung der Konterrevolution in die Hände gearbeitet wird. Anaußergelassene Freikorpuppen werden unter der Führung eines Requirs und Hoffmann um Berlin zusammengezogen, um zu einer Kanonade gegen die Matrosen im Schütz und Altschiff veranlaßt zu werden. Nachdem die kühnen Requirs aus der Regierung hinausgedrängt worden sind, bleibt nur noch die Polizeimacht in Berlin, die nicht in den Händen der Scheidemannier ist. Nachdem der Redner noch des Spitzelwesens des „Vorwärts“ gedankelt und mit weniger Worten die Nationalversammlung gegerichtet hatte, schloß er seine Ausführungen mit den Worten: „Wir sind die Kraft, die die Revolution gestützt hat, nicht die Regierung.“

Nach längerem Ausschlagen des Genossen Dr. Broth, der aus näherer Kenntnis der Dinge Eichhorn als den geschicktesten Polizeipräsidenten bezeichnete, den Berlin jemals gehabt hat, wurde auf Rücksicht auf die bevorstehende Demonstration von einer weiteren Diskussion Abstand genommen und folgende Resolution einstimmig zum Beschluß erhoben:

Die heute am 5. Januar in den Germania-Sälen tagende öffentliche Volksversammlung protestiert auf das energischste gegen den Vandalismus, des Genossen Eichhorn als Polizeipräsidenten. Die Versammlung sieht dieses Vorgehen der Regierung als Gewalttat an, der nur dazu dienen soll, die alte brutale Regierungsgewalt in Berlin wieder einzuführen. Die heutige Versammlung verlangt, daß diese geplante Amtsenthebung des Genossen Eichhorn rückgängig zu machen ist. Sie spricht der Regierung das Recht ab, den Genossen Eichhorn abzuschaffen, da er auf Grund des revolutionären Rechts am

9. November als Vertrauensmann derjenigen Berliner Arbeitermassen eingesetzt wurde, die ohne und gegen die Scheidemannier die Revolution gemocht haben.

Das Recht zur Absetzung Eichhorns.

Von Rechtsanwalt Dr. Broth.

Der Minister des Innern, Girsch, hat „an den Volksbeauftragten Herrn Eichhorn“ einen Entlassungsbefehl, Aktennummer 116 46, gerichtet. „Wie (ergänze von Gottes Gnaden preussischer Minister) entlassen Sie hierdurch.“

Eichhorn bleibt, erkennt die Entlassung nicht an.

Welches ist der Rechtszustand?

Recht ist Macht, in Paragrafen gesetzte Macht. Auf die Macht gründete sich das Recht der Hohenzollern, gründet sich das Recht der Besitzer des Bodens und der Fabriken, der Kapitalisten und aller Nutznießer der historisch gewordenen Rechtsordnung. Durch die Revolution — die bisher nur eine politische war, aber geschichtlich-notwendigerweise von der größeren wirtschaftlichen Revolution bald wird überholt werden — sind die öffentlichen Rechte des Königtums Preussens vernichtet. Die Revolution wurde gemacht von der revolutionären Arbeiterkraft unter Führung der Unabhängigen, unterstützt von den Soldaten. Die Mehrheitssozialisten hatten diese Arbeiterkraft bis zum 9. November einschließlich vor der Revolution sogar gewarnt. Vergleiche den „Vorwärts“ vom 9. November!

Schon am Tage nach der Revolution einigte sich jedoch die revolutionäre Arbeiterkraft, die tatsächliche Inhaberin der Regierungsgewalt, mit den Mehrheitssozialisten dahin, sie in beschränktem Maße zu beteiligen. Der erste Schritt ist der 10. November tat sie den zweiten Schritt: Unter dem unbefriedlichen Terror der unaufgeklärten, bewußt und unbewußt der Gegenrevolution dienenden Soldaten, verstand sie sich im Zirkus Busch zur Ueberlassung der Macht an die Mehrheitssozialisten. Liebknechts Warnung verwarf sie. Der dritte Schritt war, unter Ledebours Einfluß, die völlige Ueberlassung des Zentralrats an die Abhängigen, was zur Folge hatte, daß die am Ebert sich als absolute Herrscher hielten, das Blutbad unter den autoritätslosen revolutionären Matrosen anrichteten und im Deere nicht nur die allerdringendsten Reformen bezüglich der Offiziere und der Demobilisation unterdrückten, sondern sogar offen, zusammen mit der Dindenburgischen Nebenregierung, die Gegenrevolution hier sowohl wie im Westen und Osten organisierten. Die Unabhängigen traten sämtlich aus — angenommen Eichhorn. Die Reichsherren luden sich ein paar von ihren Freunden in die Regierung ein, die preussischen Herren blieben solo. Von einem Recht der letzteren, die die Revolution überhaupt nicht gemacht, die Regierungsgewalt nicht erobert hatten, sondern sie nur kraft Vereinbarung zusammen mit den Unabhängigen ausüben durften, kann mithin gar keine Rede sein.

Herr Girsch macht sich das „Recht“ gegenüber dem Volksbeauftragten Eichhorn natürlich auch nur als Marionette Eberts an. Das Interessante hierbei ist aber, daß gerade umgekehrt Eichhorn der einzige Volksbeauftragte ist, dessen Mandat noch aus der ursprünglichen Quelle herrührt, und auch nicht, wie die der übrigen, nur eine Kollektiv-Profirma ist.

Ganz kommt, daß er keinesfalls der Subordinierte des preussischen Ministers des Innern ist. Das Weiterfunktionieren der Behörden ist zwar angeordnet worden. Aber als Volksbeauftragter hat Eichhorn die Gewalt inne, auf Grund originären Rechts. Nicht auf Grund Bestellung seitens des Ministers. Er kann mithin auch nicht von ihm entlassen werden. Genau mit dem gleichen Recht könnte Eichhorn den Girsch oder Ebert entlassen. Daß Herr Girsch, sub 116 46, ein derartiges Dekret erläßt, als wären Herr Minister Wilhelm II., würde die Sache ins Groteske ziehen — wenn sie nicht so verflucht ernsthaft wäre.

Eichhorn ist das letzte Bollwerk, das in Berlin von der Revolution stehen geblieben ist. Steht Euch nur einmal das blutbefleckte Antlitz Berlins vor, wenn ein Jagow oder Wels am Alexanderplatz residiert hätte in diesen Tagen neuerer Ueberspannung, da Millionen Frontsoldaten unter konterrevolutionären Offizieren mit Hunderttausenden revolutionärer Arbeiter zusammenprallten! Aber weit entscheidender noch ist die Tatsache, daß er der Vertrauensmann der Haupttruppe der Revolution, der Berliner Arbeiterkraft ist. Einer Regierung, die nicht davon zurückzusehen ist, die Wilhelminische Trohng von dem Schloßen auf die Trüder wahrzunehmen, ist auch die Wiedereinführung des Belagerungszustandes ohne weiteres zuzutragen. Natürlich unter einer der jetzt beliebtesten Maßnahmen. Die Bourgeoisie würde jubeln und — der zweite Akt der Revolution seinen Aufschlag finden.

Solange Eichhorn steht, kann die Regierung ihren Plan nicht durchsetzen.

Graf Hertling.

Ruhpolzing (Oberbayern), 5. Januar. Graf Hertling ist gestern Abend 9½ Uhr nach sechsstägigem Krankenlager hier verschieden.

Die Beisetzung findet in München statt.

Hertlings Tod weckt die Erinnerung an die schlimmsten Jahre des Krieges, wo die Allianz der beiden Halbbrüder Hindenburg-Vubendorff auf dem Höhepunkt stand und die Kanzlerkraft Hertlings nur als Beigenblatt für die khamloseste Militärdiktatur diente.

Hertling, bis in die Knochen konservativ, sah seine Aufgabe darin, diese Diktatur sowie die verster Gewaltpolitik mit diplomatischen Formeln und jesuitischen Anklagen einzuhüllen. Im übrigen erwies er sich vollkommen unfähig, den gründlich verfahrenen Karren der deutschen Außenpolitik aus dem Dreck zu ziehen und die angeklügelten inneren Reformen gegen den Widerstand der Konservativen in die Wege zu leiten. Ein Meister der Halbheiten, wurde er von der aufsteigenden Welle der Revolution fortgeschwemmt.

Das arbeitende Volk Deutschlands hat ihm nichts zu danken. Wie der Schatten einer überlebten bösen Zeit verschwindet er aus dem werdenden sozialistischen Deutschland.

Madensens Ueberführung nach Saloniki.

Wien, 5. Januar. Die Wälder melden aus Budapest: Gestern nachmittag erliefen ein höherer französischer Offizier im Hoher Schloß bei Generalfeldmarschall Madensens und teilte ihm mit, daß das Oberkommando der Entente beschlossen habe,

ihn nach Saloniki zu überführen. Madensens nahm die Nachricht mit großer Bestürzung auf und erklärte, der Gewalt weichen zu müssen. Madensens wurde unter Bedeckung der französischen Kolonialsoldaten in einem Automobil nach Gbdobad gebracht, wo der Sonderzug bereit stand. 50 Kolonialsoldaten betreten mit Madensens den Zug, der um 12 Uhr nachts nach Saloniki abging.

Österreich und Deutsch-Oesterreich.

In der von uns bereits erwähnten Erklärung des Grafen Prochorsky-Borjau erklärte er über den Anschlag Deutsch-Oesterreichs an Deutschland:

Die neue Zeit spricht von dem Recht der freien Völker, in der französischen Deputiertenkammer aber blieb es, Frankreich werde den Anschlag Deutsch-Oesterreichs an Deutschland verurteilen, selbst wenn die österröischen Deutschen ihn forderten. Der Sieg, meinte Herr Prochorsky, gebe Rechte gegen die Besiegten! Die ideal gesinnten Kräfte gerade, die heute auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker für die Zukunft der Länder deutscher Sprache rechnen, glauben, daß der Sieg von der Macht, die auch das Recht bedeutet, keine Gewalt haben darf in der neuen Welt, an deren Aufbau sie mitarbeiten möchten, und die sie als eine Gesellschaft Gleichberechtigter verstehen. Damit vertritt es sich aber nicht, daß die slavischen Nationen das Recht der Selbstbestimmung ohne jede Einschränkung erhalten, während es den Deutsch-Oesterreichern verweigert werden soll. Ganz aus dem Geiste aufrechten Rates erscheint mir daher die Note Deutsch-Oesterreichs an die Entente geboren zu sein, in der angeführt wird, daß die parteiliche Gewalttätigkeit das Recht der Selbstbestimmung ungewidert für die Deutsch-Oesterreicher in Anspruch genommen wird. Dies Recht der Selbstbestimmung hat natürlich nicht nur die Wahl der eigenen Staatsform, sondern auch die ungebremste Entscheidungsfreiheit über die Vereinigung mit Deutschland zu umfassen. Wenn heute jeder Deutsche im Reich in dieser Forderung Seite an Seite mit den Deutschen Oesterreichs steht, so handelt ihn nicht der Gedanke an Recht. Auch keine Allianzen sind hierbei für ihn maßgebend, die Regierungen schließen, deren Taten nicht von der Mitverantwortung des Volkes getragen werden. Ich treibe vielmehr das Bewußtsein treuen gemeinsamen geistigen Gutes, das in langer historischer Entwicklung erworben wurde. Wenn es der Entente wirklich um einen dauernden Rechts- und Versöhnungsfrieden und um Sicherungen der Freiheit und der Selbstbestimmung der Völker zu tun ist, wird sie sich in einem solchen brüderlichen Zusammengehen auf der Grundlage einer legal gewählten Kooperationspolitik nicht widersetzen können.

Die volle moralische und politische Unterstützung des deutschen Volkes und der deutschen Regierung ist dem Deutsch-Oesterreichern bei ihren Bestrebungen sicher. Die Grundlage wird die Nationalversammlung bilden müssen. Wie sehr die deutsche Regierung schon jetzt dem Wunsch der deutschösterreichischen Bevölkerung entgegenzukommen bereit ist, ergibt sich aus der geplanten Verordnung über die Wahlen zu der deutschen Nationalversammlung, die den im Deutschen Reich lebenden Deutsch-Oesterreichern das Wahlrecht zur deutschen Nationalversammlung gibt.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

Berlin, 5. Januar. Amtliche Mitteilungen der Obersten Heeresleitung über unsere Truppen im Osten.

Bei Riga haben die Engländer in die Kämpfe gegen die bolschewistischen eingegriffen. Zwei Kompanien der lettischen Landeswehr gingen zu den Bolschewisten über und wurden durch britische Artilleriefeuer zur Kapitulation gezwungen.

Ein deutscher Panzerzug wurde von West-Litwa nach Kovno abgefahren, um die aus der Ukraine führenden Strecken von Vanden zu säubern. Bei Koburga nordöstlich von Kiew wurden bolschewistische Banden durch deutsche reitende Jäger zurückgeworfen.

Nach Meldung der Heeresgruppe Kiew haben in Auflehnung gegen die Befehle der Truppen des 22. Motorcorps, ferner das Landsturm-Infanterie-Regiment 9 ihren Posten verlassen und wichtige Bahnhöfe preisgegeben. An den ungeschicklichen Vinst, Powuril und Golob ist eine Ansammlung von Menschen entstanden, die nicht genügend schnell auf der deutschen Spur nach West-Litwa abgefahren werden können. Das von den Truppen eigenmächtig mit Beschlag belegte rollende Material fehlt an Stellen, wo es dringend gebraucht wird. Die seit langem geldederte, seit einigen Monaten offen bestehende Disziplinlosigkeit beginnt, eine Gefahr für unsere Ukrainetruppen zu werden.

In Pott (Ostküste des Schwarzen Meeres) sind unsere letzten Kauftruppen verladen worden. Es bleibt lediglich General v. Rech mit Stab, Konsulat und einem Lazarett vorläufig in Kistli zurück.

Die Entente ist über die „Matin“-Meldung betreffend Internierung unserer Truppen in Qaidar Pascha um Aufklärung ersucht worden.

Die polnischen U- und S.-Räte regen die polnische Annexionspolitik.

Danzig, 5. Januar. In der Sitzung des Großen Arbeiterrats hat der Vertreter des polnischen Soldatenrats erklärt, daß der polnische Soldatenrat mit dem Vollzugsausschuß Hand in Hand arbeite und das Versprechen gebe, nichts gegen die deutsche Nationalität zu unternehmen, vielmehr die Entscheidung des Friedenskongresses abwarten und sich derselben fügen will. Dieses Versprechen werde man auch halten. An den Vorgängen in Polen sei man hier schuldlos und wünsche sie hier auch nicht. Man möge aber auch jede verlebende Situation gegen die hiesigen Polen unterlassen und sie nicht herausfordern. Man sei zu einer Verständigung bereit. — Der Präsident der hiesigen Soldatenräte Radn hat hierzu erklärt, daß man bisher friedlich und reibungslos mit dem polnischen Arbeiter- und Soldatenrat zusammengearbeitet habe und hoffe, daß dies auch so bleiben werde.

Schnelldemühl, 5. Januar. In Schnelldemühl ist alles ruhig. Die Bürgerwehr hat die Wachen übernommen. Die Bürgerwehr sämtlicher Konfessionen hat sich fast ausnahmslos der Bürgerwehr angeschlossen. In der Arbeiterratsung wurde gestern aus von Arbeiters mit Bestimmtheit erklärt, daß sie den Schutz der Stadt energisch gegen die Polen in die Hand nehmen würden. Nur wenn die Stadt angegriffen werden sollte, würden sie Schnelldemühl verteidigen. Von den Polen wurde in der Arbeiterratsung bis gestern zurückgefunden hat, die Erklärung

Der letzte Tag!

Die Wählerlisten zur Nationalversammlung liegen nur noch heute zur Einsicht aus. Wer nicht in der Liste steht, wird am 19. Januar von der Wahlurne gewiesen. Die Auslegestellen sind von morgens 9 bis abends 7 Uhr geöffnet.

Einsichtnahme ist Pflicht!

tung abgegeben, sie ständen auf dem Standpunkt, daß unbedingt der Friedenskrieg abgemacht werden müsse und daß man sich abdann den vom Kongreß getroffenen Bestimmungen anwende.

Die Mekelei in Königsbütte.

Königsbütte, 4. Januar. Nach einer blühigen Zusammenkunft sind bei den gehörigen Anrufen 16 Personen gestrichelt und 21 verlegt worden.

Eine Kundgebung der Landarbeiter.

Der von der Zentralleitung zum 4. Januar nach Berlin einberufene Vertreterkongreß der Landarbeiter, auf dem auch die Marine-, Flieger-, Zivil- und Vorkämpfer durch Delegierte vertreten waren, hat folgende Resolution beschlossen:

Die heute zum Vertreterkongreß in Berlin, Herrenhaus, versammelten Landarbeiter, die sämtliche Funktionenstationen und Funktionenkommissionen Deutschlands vertreten, erklären einstimmig dem Rat der Volksoberhäupter, entgegen allen öffentlichen und geheimen Tendenznachrichten, fest und geschlossen hinter der Regierung zu stehen. Die Verammlung betont besonders die Notwendigkeit der möglichst schnellsten Entmilitarisierung und Übernahme des reinen Ansehensbetriebes in selbständigen Reichsbetrieb unter neuzeitlichen sozialen Gesichtspunkten.

Die Einigungsversuche in Hamburg.

Hamburg, 4. Januar. Die für heute angelegte Vollversammlung aller Soldatenräte aus Hamburg, Altona und Umgebung zwecks Einigung unter den drei sozialistischen Richtungen verlief in höchster Erregung. In einer Beschlusfassung kam es infolgedessen nicht. Nach mehrstündiger heftigster gegenseitiger Anfeindung gingen die Versammelten ohne Ergebnis auseinander. Eine neue Versammlung soll das Thema noch einmal behandeln.

Wahlrecht der Soldaten.

Nach einer Verordnung der Reichsregierung können Soldaten, die nach dem 6. Januar auf dem Felde heimkehren, ohne Eintragung in die Wählerliste auf Grund einer Bescheinigung über ihre Heimkehr dort zur Wahl zugelassen werden, wo sie sich am Wahltag aufhalten. Die Bescheinigungen werden von dem nächsten Dienstvorgesetzten ausgestellt.

Das Kriegsministerium hat dazu angeordnet: Die Angehörigen des Heeres, die bis zum 6. Januar 1919 sich in ihrem Standort befinden, sind wie Zivilpersonen in die Wählerlisten einzutragen. Die Kruppenteile haben der die Wählerlisten aufstellenden Behörde die erforderlichen Unterlagen zu geben. Im Übrigen ist es Pflicht jeder wahlberechtigten Person des Soldatenstandes, sich davon zu überzeugen, daß sie in die Wählerliste eingetragen ist.

Ein schmählicher Beschluß.

Einst war die Schweiz mit Recht stolz auf ihre politische Freiheit und auf das Asylrecht. Seit dem unglücklichen Generalstreik herrscht aber die Reaktion unumschränkt. Beweis davon ist auch folgendes Telegramm aus Lausanne:

Die Behörden des Kantons Waadt und der Stadt Lausanne haben bei den eidgenössischen Behörden Schritte unternommen, um zu erreichen, daß die am 18. Januar nach Lausanne einberufene Internationale Sozialisten-Konferenz nicht in Lausanne abgehalten wird. Wir meinen, dieses Telegramm ist reichlich kompromittierend.

Die Nationalversammlung und das Ausland.

Sankt, 4. Januar. Die „Det Norderland“ meldet, schreibt die „Times“ zur Lage in Deutschland, daß es jetzt natürlich von größter Bedeutung ist, daß die so wichtigen Wahlen für die Nationalversammlung in einer Weise stattfinden, daß man wirklich von der Bildung einer verantwortlichen Regierung, die den Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringt, sprechen kann. Auch nur mit einer solchen Regierung würden Verhandlungen möglich sein, da es selbstverständlich ist, daß Friedensverhandlungen mit einer ungesicherten Regierung in den Bereich der Unmöglichkeit gehören.

Amerikanische Hilfe für Europa.

Washington, 4. Januar. (Reuter.) Wilson forderte den Kongreß auf, 100 Millionen Dollar zur Linderung der Hungersnot, an der Europa leidet, zu bewilligen. Wie bekannt, wird das Geld hauptsächlich benötigt, um die Sendung von Lebensmitteln an Teile von Westrußland, Polen und Oesterreich-Ungarn zu ermöglichen.

Die internationale Konferenz.

London, 4. Januar. (Reuter.) Die britische Abordnung für die internationale sozialistische Konferenz in Lausanne setzt sich aus zehn Vertretern des parlamentarischen Ausschusses des Gewerkschaftskongresses und des nationalen Ausschusses der Arbeiterpartei wie folgt zusammen: den Abgeordneten W. S. Stewart, Bunnin, A. D. Thomas, C. W. Boverman, A. Cousins, W. Thorne, sowie aus: Arthur Henderson, G. T. Cronp, J. Mc. Gurke, J. R. MacDonald und Snowden.

Politische Nachrichten.

Schlußkundgebung in Frankfurt a. M. Die Frankfurter Blätter melden durch eine Verordnung des dortigen Arbeiterrats wird mit Wirkung vom 6. Januar an der Schlußarbeitsstag eingeführt. Die Maßnahme wird mit der Notwendigkeit begründet, weiteren Entlassungen von Arbeitskräften vorzubeugen und zugleich der Unzufriedenheit zu steuern.

Polen und Litauen. Das litauische Pressebureau in Berlin teilt mit: Unlängst ging durch polnische Zeitungen die Nachricht, der litauische Ministerpräsident Prof. Waldemar hätte der polnischen Regierung den Vorschlag gemacht, nach Weggang der deutschen Okkupationsbehörden die Verwaltung Litauens zu übernehmen. Von ausländischer Seite hat man erwidert, daß diese Meldung aus der Luft gegriffen ist. Wahr ist nur soviel, daß die polnische Regierung der litauischen ihre Hilfe zur gemeinsamen Abwehr der Volkseigenen angeboten hat. Dieses polnische Angebot wurde jedoch abgelehnt, weil es den Litauern klar war, daß die Polen unter dem Vorwande einer Hilfeleistung lediglich ihre auf übertriebene Forderungen gestützten, weitgehenden Annexionswünsche entgegen dem Willen der litauischen Volksmehrheit betriebligen wollten.

15 500 Arbeitslose wurden am 2. Januar in München gezählt.

Kreisgeneralversammlung für Nieder-Barn m.

Die Kandidatenlisten für Preußen.

Am Sonnabend tagte im Lokal Wellenue in Wächterberg die Generalversammlung des Kreises Niederbarnim der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Genosse Witzke, der den einleitenden Vortrag über die politische Lage hielt, schilderte die politische Entwicklung in der Revolution. Mit der vom Genossen Witzke anlässlich der Weihnachtsorgänge in der „Freiheit“ abgegebenen Erklärung, die den Austritt der Vertreter der U. S. V. D. aus der Regierung forderte, erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Darauf wurde als Vertreter des Kreises in der Preußischen Kommission Genosse Stein gewählt. Der

Aufstellung der Kandidaten.

zur preußischen Konstituante ging eine längere Aussprache voraus. Als Kandidaten wurden nominiert: Pöfer (125 Stimmen), Genossin Arensdorff (125), Breitfeld (110), Richter (88), Witzke (83), Käter (66).

Die Kandidaten für die Provinzialversammlung sind von einer früheren Kreisversammlung aufgestellt worden.

Ein Antrag, der die Mitgliedschaft in der kommunistischen Arbeiterpartei als unvereinbar erklärt mit der Tätigkeit in der U. S. V. D., entfiel auf eine stundenlange Debatte über den Spartaclub. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß Mitglieder der kommunistischen Arbeiterpartei, zugleich als Funktionäre und Mitglieder unserer Partei tätig seien, wodurch unsere Arbeiten gelähmt würden. Andererseits wurde verlangt, daß auch mit der Hinzufügung des Genossen Bernkeins Schluss gemacht werden müsse. Verschiedene Redner vertreteten die Meinung, daß unsere Partei in der Revolution sich nach links entwickeln müsse und so an die kommunistische Arbeiterpartei Anknüpfung finden würde. Die Diskussion zeitigte ein heftiges Unruhe und Resolutionen, die schließlich sämtlich dem Besitze zur Erörterung überwiesen wurden.

Es wurde noch beschlossen, auf der Provinzialkonferenz für die Aufhebung des auf einer früheren Brandenburger Konferenz gefassten Beschlusses anzutreten, der verbundene Listen mit den Reichsozialisten forderte.

Der Kellnerstreik beendet.

Einigungsverhandlungen für das Gastwirtsgerwerbe.

Nachdem die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern direkt geführten Einigungsverhandlungen am Freitag im Drehtreibringhaus resultatlos verlaufen waren, beschäftigte sich am Sonnabend das Einigungsamt des Gewerbegerichts mit der Angelegenheit. Der Schiedspruch wurde am Sonntag mittag verkündet. Er bringt die Einführung des Achtstundentages und die grundsätzliche Abschaffung des Trinkgeldes. Für die Kellner in den Hotels, Kaffeehäusern und Weinlokalen wird am 15. Januar ein Wochenlohn von 100 Mark Minimum gezahlt. Für die Bierlokale tritt diese Erneuerung erst am 1. September in Kraft. Neben hat eine im Schiedspruch vorgesehene partielle Schlichtungskommission das Recht, auch für diese, wenn die Vorbereitungen vorhanden sind, feste Löhne zu bestimmen. Bis dahin ist eine Lohnaufbesserung von 25 Prozent vorzunehmen. Für Hotelportiers sollen 100 Mark, für Hotelbedienten 75 Mark, für Zimmermädchen 50 Mark wöchentlich gezahlt werden. Auch diese Kategorien waren bisher fast ausschließlich auf Trinkgeld angewiesen. Für Köche, Kausjellen, Wirtschaftsrinnen, Kassierinnen, Japler, Quasdiener, Küchenmädchen usw. wurden die dieselben üblichen Monatslöhne in Wochenlöhne umgewandelt und Aufbesserungen vorgenommen. Wo Holz und Vogels noch gegeben wird, kann dafür vom Lohn 40 Prozent abgezogen werden. Der „Städtische paritätische Arbeitsnachweis“ ist allein von beiden Parteien zu benutzen. Die Abrechnung für Kellner beträgt drei Tage, für das übrige Personal 14 Tage. Außerdem ist ein Erholungsurlaub von 7 bis 14 Tagen vorgesehen.

Zwei Versammlungen von Streikenden und Ausgepörrten im Lustgarten nahmen folgende Resolution an:

Die heutige öffentliche Versammlung nimmt den vom Einigungsamt gefassten Schiedspruch an, da derselbe in den Grundforderungen: sechs Entlohnung und 8 stündige Arbeitszeit, den berechtigten Mindestforderungen entspricht.

Die Versammlung erwartet, daß die im Schiedspruch vorgesehene Schlichtungskommission in aller kürzester Frist zummentritt, um einige Positionen einer Revision zu unterziehen. Die Ausgepörrten und Streikenden verpflichten sich, sofort ihre Betriebe aufzusuchen und sich zur Verfügung zu stellen.

Auch die Gastwirte haben in einer zur Entgegennahme des Schiedspruchs vorbereiteten Versammlung diesen zugestimmt, so daß zu erwarten ist, daß sich die Wiederaufnahme des Arbeit erdungslos vollzieht.

Damit hat die für das Gastwirtsgerwerbe bedeutungsvolle Lohnbewegung ihr Ende erreicht. Wir hätten gewünscht, daß das entsprechende Einkommenssystem einseitlich auf der ganzen Linie abgeschafft worden wäre, und befürchten bis zum 1. September sehr viel Differenzen und Mißverständnisse zwischen Kellner und Publikum einerseits und Kellner und Gastwirt andererseits, da die Bewegung sich zu Einschränkung des Trinkgeldgebens geführt hat.

Aus der Partei.

Aus der Provinz Brandenburg. Am Sonntag, den 20. Dezember, fand in Frankfurt a. O. eine Konferenz der Regierungsbegleiters Frankfurt statt, um Stellung zur Nationalversammlung zu nehmen. Von der Agitationskommission war Gen. Ruppert, Berlin, anwesend. Das einseitige Referat hielt Gen. Jenner, Berlin. Das Referat hing dahin aus, im Wahlkampf unsere großen Ziele im Auge zu behalten, dann werden wir mit guten Erfolgen aus der Wahl hervorgehen. In der anschließenden Diskussion, an der alle Delegierte teilnahmen, wird beschlossen, sich an den Wahlen zur Nationalversammlung und zur preußischen Konstituante zu beteiligen. Zur Nationalversammlung wurden folgende Genossen als Kandidaten nominiert: für Deutschland: 1. Franz Köhler, Gewerkschaftsleiter, Berlin; 2. Frau Dr. Wehl, Berlin; 3. Georg Thomas, Schlosser, Angermünde; 4. H. Köhl, Kaffeehaus, Spremberg; 5. Arthur Decker, Rigorenmacher, Elmen; 6. Max Wilderer, Steinbruder, Frankfurt a. O.; 7. Karl Schürer, Lagerhalter, Fürstentum; 8. Karl Graf, Landsturmmann, Frankfurt a. O.

Für die preussische Nationalversammlung nominierte die Konferenz folgende Kandidaten: 1. Karl Schürer, Lagerhalter, Fürstentum; 2. Dr. Wehl, Berlin; 3. Karl Graf, Frankfurt a. O.; 4. Louis Wagner, Transportarbeiter, Spremberg; 5. Bruno Peters, Frankfurt a. O.; 6. Albert Köhl, Kaffeehaus, Spremberg; 7. Georg Thomas, Schlosser, Angermünde; 8. Paul Schmidt, Maurer, Elmen; 9. Fritz Paul, Tischler, Fürstentum; 10. Rich. Ruppert, Tischler, Berlin; 11. Fritz Rudewich, Lithograph, Sorau; 12. Herr. Weichmann, Kaufmann, Frankfurt a. O.

Aus den Organisationen.

Sechster Wahlkreis, U. S. V. D. Mitglieder der U. S. V. D. im Alter von 20-25 Jahren werden ersucht, am heutigen Montag, abends 8 Uhr, zu einer Besprechung über die Wahlorganisation zur Nationalversammlung in dem Lokal von Sieb. Brunnensstraße 101, zu erscheinen. Propaganda-Ausschuss.

U. S. V. Teltow-Beckow. Diejenigen Ortsvereine, welche weiter zur U. S. V. stehen, werden ersucht, sofort die Adresse des Vorsitzenden und Kassierers an das Kreisbureau, Reußkolln, Redarstraße 3 (Telephon Nr. 1894), zu Händen des Genossen Lohmann zu senden. Desgleichen wollen sich auch die Orte dorthin wenden, wo selbst neue Ortsgruppen gegründet resp. im Entstehen begriffen sind. Sonntag, den 12. Januar: Landagitation. Die Orte wollen die nötigen Vorbereitungen dazu treffen. Angabe der Agitationstour wie Anzahl der benötigten Flugblätter umgehend ans Kreisbureau. Weitere Anzeigen folgen diese Woche.

Neußkolln. (U. S. V.) Heute, Montag, den 6. Januar, nachmittags 6 Uhr, Idollajino, Weichselstraße 8: Vorstandssitzung, um 7 Uhr große Funktionärsitzung.

Schneeberg (U. S. V.). Heute, Montag, abends 7 1/2 Uhr, im Tunnel, Weininger Straße 8, Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Alle müssen erscheinen! Mittwoch, den 8. Januar, 8 abends bei Dehner, Berg, Jürgens und Kollisch. Mitglieder werden ausgesprochen!

Wilmersdorf. Heute, Montag, den 6. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins (U. S. V.) im Restaurant Stadtpark, Koller-Allee 51/52, statt. T. O.: 1. Bericht über die Kreisgeneralversammlung; 2. Stellungnahme zu den Vorparlamenten in der U. S. V. und der Reichskonferenz der kommunistischen Partei (Spartakusbund). Zu diesem Punkt findet ein Referat und ein Korrektorat statt. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Versammlung muß jedes Mitglied erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Treptow-Taunshütten. Dienstag, den 7. Januar 1919, abends 7 Uhr, findet im „Sprengarten“ in Treptow, Alt-Treptow 11/12, eine Volksversammlung statt. Die Tagesordnung lautet: Die politische Lage und die Nationalwahlen. Referent der bisherige Reichstagsabg. Genosse E. Goepfert. Parteigenossen und Genossinnen, sorgt für Massenbesuch dieser Versammlung.

Wichtig! Freie Jugend, Charlottenburg! Hierdurch werden sämtliche Jugend-Vereine, Charitaten und der Charlottenburger Betriebe aufgefordert, umgehend an Hermann Brandt, Berlin W. 18, Vancersche Str. 30, ihre Adresse unter Angabe der betreffenden Betriebe einzusenden. Der Jugend-Nach Charlottenburg

Gewerkschaftliches.

Wichtig! Rohrnfabriken. Versammlung aller Fleischer-Gesellen, die in Rohrnfabriken beschäftigt sind, am Dienstag, den 7. Januar, abends 7 Uhr, im „Kochthaler Hof“, Kochthaler Str. 11.

Neu! In majorem Dei Gloriam. Neu!

Die Geschichte eines Lebens.

Von Oelen von Macowiga.

Preis geb. 5 Mk., geb. 6,50 Mk.

Aufzeichnungen aus ihrem und Vassalles Leben.

Ferner erschien:

Hinter geweihten Mauern.

Von Peter Verdicus.

Aus den Papieren eines Klostergeistlichen.

Preis 4 Mk.

Ein den Katholiken nahestehendes Blatt regensiert über das Buch wie folgt:

Sind diese Aufzeichnungen wirklich echt, so hätten jene Leute, die das Kloster vertilgen wollen, tausendmal recht mit ihren radikalen Anschauungen.

Zu beziehen durch: Bogler & Co., Berlin W. 9, Köstener Str. 27, Abl. 8.

Groß-Berlin.

Die Beschäftigung von Kriegsteilnehmern.

Eine Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung ist unter dem 4. d. Monats von der Reichsregierung und dem Staatssekretär des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung erlassen worden. Nach dieser Verordnung sollen Streitfälle zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über Zahl und Auswahl der in einen Betrieb einzustellenden Kriegsteilnehmer und weiter zu beschäftigenden bisherigen Arbeiter, sowie über die Arbeitslöhne durch Schlichtungsausschüsse ausgetragen und nötigenfalls durch Schiedsgerichte, denen verbindliche Kraft beilegt werden kann, entschieden werden. Eine gleichartige Verordnung für die Angestellten wird im Demobilisierungsamte bearbeitet. Ihr Erlaß ist in nächster Zeit zu erwarten.

Zum Mord im Hotel Adlon.

Die unausgesprochenen Nachforschungen der Kriminalpolizei zur Aufklärung des schweren Verbrechens haben über das Treiben des Mörders vor der Ausführung seines in allen Einzelheiten wohl durchdachten und mit größter Stillsichtigkeit durchgeführten grausamen Planes wertvollen Aufschluß gegeben. Sie ist allen Spuren, die sich durch Ermittlungen und Zeugenaussagen ergaben, nachgegangen und hat so ein fast lückenloses Bild über seine Vorbereitungen zur Tat gewonnen. So konnte festgestellt werden, daß sich der Verbrecher in verschiedenen erstklassigen Hotels aufgehalten hatte. Um bei seinen Heberleidungen von einem Hotel in das andere keinen Argwohn zu erregen, machte er mit seinen Gepäckstücken Scheinbesuche. So fuhr er am 21. Dezember mit dem großen Koffer, den er als Passagiergut aufgab und der so mit einem Bahngesetz befreit wurde, was wohl der Besitzer damit nur bezweckte, nach Belzen und mit dem nächsten Zuge nach der Reichshauptstadt zurück nach dem Hotel Bristol, wo er vom 21. bis 23. Dezember als Herr von Gassen, Mittagsgastbesitzer aus Stettin wohnte. Auch hier muß er aus irgend einem Grunde nicht zur Ausführung seines vorbereiteten verbrecherischen Auftrages auf den Weidwieser

träger haben kommen können. Er verließ das Hotel, um noch an demselben Tage als Herr von Winterfeld, Hausbesitzer aus Hamburg in das Hotel Adlon einzutreten. Am 27. vormittags besah er seine Rechnung, ließ eine Kofferbrotsche kommen und fuhr mit seinem Gepäck nach dem Bahnhof. Da kein Gepäckträger zur Stelle war, lud er selbst seinen Koffer ab, wobei der Kraftwagenführer, der ermittelt werden konnte, gesehen hat, daß kein Koffer aus der Stirn einen auffälligen roten Fleck hatte. Dasselbe Kennzeichen trug er auch noch am 1. Januar, als er sich und seine Gepäckstücke wieder vom Bahnhof mit einer Pferdebrotsche, deren Kutscher gleichfalls ermittelt werden konnte, nach dem Hotel Adlon zurückfahren ließ, wo er am 2. Januar an die Ausführung des Kapitalverbrechens schritt. Der rote Fleck auf der Stirn, der auch noch anderen Zeugen gesehen worden ist, rührt von einem etwa 2 1/2 Zentimeter langen und 1 Zentimeter breiten Leukoplaksticker her, das der Mörder auf der Stirn, direkt über dem linken Auge trug. Er muß sich also an dieser Stelle eine Verletzung zugezogen haben, und es ist vielleicht möglich, daß sich noch weitere Verletzungen dieses unheimlichen Mannes mit dem langen, schwarzen, wohlgepflegten, nach unten spitz zulaufenden Vollbart entzünden. Sie werden unter Hinweis auf die auf 20 000 Mark erhöhte Belohnung gebeten, sich sofort zu melden.

Bekanntmachung.

Der Vollzugsrat wird der nächsten Vollversammlung des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrates Richtlinien für die Aufgabe und das Tätigkeitsgebiet des Arbeiter- und Soldatenrates zur Beschlußfassung vorlegen. Damit erfüllen wir einen wiederholt geäußerten Wunsch, dessen Berechtigung und Erledigung mit jedem Tage dringender wird.

Ihm einerseits die nötigen Unterlagen für diese Richtlinien zu schaffen, andererseits auch den Wünschen aller Berufsgruppen Rechnung zu tragen und unerföhrliche Debatten in der Vollversammlung vorzubeugen, halten wir Vorschläge mit den in Frage kommenden Berufsgruppen für erforderlich.

Diese Vorschläge sind im: Abgeordnetenhaus, Prinz-Albrecht-Straße. Für die Arbeiterräte der schändlichen Gewerbetreibenden am Montag, den 6. Januar, vormittags 10 Uhr. Für die Arbeiterräte der kaufmännischen Betriebe am Dienstag, den 7. Januar, nachmittags 4 Uhr. Für die Arbeiterräte der freien Berufe (Rechtsanwälte, Ärzte, Schriftsteller, Künstler usw.) am Mittwoch, den 8. Januar, vormittags 10 Uhr. Für die Arbeiterräte der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe am Mittwoch, den 8. Januar, nachmittags 4 Uhr. Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates von Groß-Berlin.

Die National-Galerie ist künftig an allen Wochen- und Sonntagen, mit Ausnahme von Montag, in der Zeit von 10-3 Uhr geöffnet. Der Besuch ist an allen Tagen unentgeltlich.

Kampf mit Hoteleinbrechern. In der Nacht zum Sonntag haben Polizei- und Sicherheitsbeamten, wie fünf Männer, die alle schwere Pakete schleppen, aus der Friedrich- in die Clausenstraße einbogen. Die Beamten riefen die Verdächtigen an, doch hörten sich diese nicht daran, verhielten sich vielmehr, mit ihrem Gepäck zu entkommen. Nicht gab einer der Sicherheitsbeamten einen Schuß auf die Fliehenden ab. Dieser traf einen der Männer so schwer, daß er zusammenbrach. Die übrigen vier wurden ebenfalls dingfest gemacht, ehe sie von den Seiten gewehren, die sie bei sich hatten, Gebrauch machen konnten. Die Pakete enthielten Wertgegenstände, die sie aus einem Hotel in der Klausenstraße gestohlen hatten. Außerdem hatten sie noch sehr gutes Einbrecherwerkzeug bei sich, das beschlagnahmt wurde. Der Verwundete ist ein 24 Jahre alter Decker Heinrich Blüchke, die Namen der anderen müssen noch festgestellt werden.

Lebensmittellieferer.

Schöneberg. In den Volkswirtschaftsbezirken 9, 11 und 12 werden vom 8. bis 9. Januar einschließlich 125 Gramm Käse auf Grund der Speisekartenliste verteilt.

Neußeln. 600 Gramm Marmelade gelangen auf Abschnitt 90 der Lebensmittelliste zur Verteilung. Da die Lieferung der Händler nur nach und nach erfolgen kann, wird das Eintreffen der Ware von den Kleinhändlern durch Plakat angezeigt. — Eierbesorgung. Von Sonntag bis einschließlich Sonntag nächster Woche erhalten Verbraucher, die bei Kleinhändlern in den Volkswirtschaftsbezirken 3, 4, 5 zum Bezuge von Eiern angemeldet sind, auf Abschnitt 63 der Eierliste je 1 Ei. Die Speisemenge für diese Woche ist auf 40 Gramm Butter und 20 Gramm Margarine festgesetzt.

Reinickendorf. Auf Abschnitt 90 der Lebensmittelliste Groß-Berlin werden 600 Gramm Marmelade abgegeben. Die Anmeldung bei den Kleinhändlern und den amtlichen Verkaufsstellen hat bis einschließlich 11. d. Monats zu erfolgen. — Auf den Januarabschnitt der Kinderliste A entfällt ein Pfund Gerstenmehl oder Kindermehl und auf den Abschnitt IV A entfallen 4 Pakete Reis. Die Ausgabe erfolgt erst nach der Inventur in den betreffenden Verkaufsstellen.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Neußeln. — Druck der Landesdruckerei und Verlags-Gesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 13.

Theater und Vergnügen.

Volkshaus. Theater am Ballhausplatz. Direktion Friedl. Knyvitz. 7 1/2 Uhr: Die Amantinnen.

Opernhaus. 7 Uhr: Carmen. Schauspiele. Ein halber Meid.

Direktion Max Reinhardt. **Deutsches Theater.** 7 1/2 Uhr: Die drei Schwestern. Kammerstücke. 7 1/2 Uhr: Michael Kramer. Kleines Schauspielhaus.

Paradenstraße 1. Part 3. 7 1/2 Uhr: Die Räuber der Fledermaus.

Lessing-Theater. Direktion: Victor Harlanovsky. 7 1/2 Uhr: Der Marquis von Keith. Dienstag: Der Schöpfer. Mittwoch, Donnerstag: Der Schöpfer.

Deutsches Künstler-Inn. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Nachtbeleuchtung. Irianon-Theater.

Bhl. Friedrichstr. 73. 7/2, 7/3, 7/4, 7/5, 7/6, 7/7, 7/8, 7/9, 7/10, 7/11, 7/12, 7/13, 7/14, 7/15, 7/16, 7/17, 7/18, 7/19, 7/20, 7/21, 7/22, 7/23, 7/24, 7/25, 7/26, 7/27, 7/28, 7/29, 7/30, 7/31. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Der gute Ruf.

Residenz-Theater. Allabendlich 7 1/2 Uhr: „Der Lebensschüler“. Central-Theater.

7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul. Deutsches Opernhaus Charlottenburg.

7 Uhr: Der Froischütz. Friedrich-Wilhelmsstadt-Theater.

7 1/2 Uhr: Mannerl. Das Dreimäderlhaus. II. Teil.

Kleines Theater. 7 1/2 Uhr: Bürger Schippel. Komische Oper.

7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel. Metropol-Theater.

7 1/2 Uhr: Die Fuschingfee.

Lustspielhaus. 7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege. Neues Operettenhaus.

Täglich abends 7 1/2 Uhr: Ballet Chantel. Neue Töne. Vorher: Circus und ihre Schwäne.

Palast-Theater. 7 1/2 Uhr: Die im Schatten leben. Schüler-Theater Charlottenburg.

7 1/2 Uhr: Sappho. Thalia-Theater.

7 1/2 Uhr: Polnische Wirtschaft. Theater am Söllenderplatz.

7 Uhr: Der Juxbaron. Theater des Westens.

7 1/2 Uhr: Die lustige Witwe. Walther-Theater.

7 1/2 Uhr: Graf Hohenstils. Franz-Theater.

7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus. Gaston & Frieder-Wilhelms-Theater.

Casino-Theater. Lehnhagen Str. 17. Täglich 7 1/2 Uhr: Der erfolgreichste Schläger.

Die goldene Brücke. Vorher: erste Spezialitäten. u. a. der arkanische Räger. Sonntag 8 Uhr: Die weiße Dame.

Walhalla-Theater. 7 1/2 Uhr: August der Starke.

Wintergarten. Das große Spezialitäten-Programm.

Anfang 7 1/2, 8 Uhr. Eintritt frei!

Lieban-Cabarett. Künstler-Diele. Taubnitz 34. Ab 4 Uhr: Orchester von 6-7 1/2 Uhr: das große Programm. Ab 7 1/2 Uhr: Tanz.

Echt russ. Tee, Kaffee, Mokka, Schokolade, Fein-Obst, 1. Klasse - 1. Klasse - 1. Klasse.

Metropol-Cabaret

Behrenstr. 12-14. Direktion: Alex. Braun. Künstl.-Leit.: Siegm. Flatow. Am-Filigr.: Ernst Heintzschel.

6 1/2 Uhr: Das hervorragende Januar-Programm.

Anni Wilkens-Schulhof. Robert Niesemann. Betty Darmann u. Part. er. Carl Söhr. Otto Röhr. Gyigyi-Konzerte.

Vorzüglich Edele und Geträke. Jeder Sozialist lese: Die Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderation. Sowjetrepublik 1918/19. Die Wahrheit über d. Bolschewiki. Preis 15 Pfennig. N. Lenin: Staat und Revolution. Ungekürzte Ausgabe M. 3.00. Wiederverkäufer u. Parteiloyalitäten erhalten hohen Rabatt. Zu beziehen einzeln durch die Aktionsbuchhandlung, Berlin, Kalschekestr. 222. Partien durch den Verlag der Wochenzeitung „Die Aktion“, Herin-Wilmersdorf, Nassauerstr. 17, Gartenhaus.

Gitarrezithern. mit Unterlegnoten 25., große 6-stimmige 35., (Ladungen ca. 10., bis 16.), Mandolinen, Gitarren 45., elektrische 85., Konzertviolen 125., bis 145., Schiller Violinen 65., Kontrabass 125., bis 145., Schiller Violone 145., Unterlegnoten-Monatskonzert (10 stündige Schnellkurse) Ernst, Inselstr. 11/12.

Botenfrauen. zum Austragen der Freiheit verlangt. Hackbarth, Michaelkirchplatz 2.

PAUL CASSIRER VERLAG

Sozialistische Schriften zur Revolution.

KARL KAUTSKY

Habsburgs Glück und Ende. Preis 3 Mark.

Das Buch vom Kampf der Nationalisten und der Revolution in der alten Donaumonarchie.

Öffentliche Volksversammlung

Donnerstag, den 6. Januar 1919, abends 7 Uhr, im Schützenhaus, Residenzstraße 1-2. Vortrag des Genossen Paul Eder: (Mitglied des Groß-Berliner Vollzugsrats) über die politische Lage.

Räteystem oder Nationalverfassung.

Arbeiter, Soldaten, Massengenossen und Genossinnen in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung darf Niemand fehlen.

Die Beizstellung des Unabhängigen Sozialdemokratischen Wahlvereins Reinickendorf-Orl. Arbeiterinnen! Arbeiter! Soldaten! Parteigenossen!

Montag, den 6. Januar, abends 7 1/2 Uhr. Barnsdorfer, Berlin, Wollteier, 142. Öffentliche Volksversammlung.

Sozialismus oder Nationalverfassung

Redner: Franz Wenzler. Zeit: Unterbrecher. N. O. B. Gruppe Deutschland. I. A. Schaub.

Botenfrauen

sucht Lehmann, Liebigstr. 16. Straßenhändler, Arbeitslose, hoher Verdienst durch Verkauf der Broschüre „Die Revolution in Brüssel“ zu erhalten. Druckschriften-Zentrale Schützenstraße 7.

GROSSE AUSWAHL, BILLIGE PREISE. Auf Wunsch BEQUEME ZAHLWEISE.

Sprech-Apparate und Platten

BIAL & FREUND

ALEXANDERSTR. 97

BEQU. S. 42



Verlangen Sie unsern Prospekt 333.

Arbeiter- stenographen-Verband Stolze-Ehren.

Die Mitgliedschaft Groß-Berlin eröffnet am 12. Januar im Graphischen Vereinshaus, Alexanderstr. 44, abends 8 1/2 Uhr, einen neuen Anhänger: Ruffus.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Volksgenossen! Die neue Zeit stellt euch als den zukünftigen Trägern der Kultur und Regierung größere geistige Anforderungen als bisher. Die Stenographie ist nicht nur ein Werkzeug des geistigen Kampfes, ihre Erlernung macht schlummernde Kräfte eures Gehirns zu fruchtbringender Tätigkeit. Darum erkenne die Stenographie in einem Arbeiterverein unter geschulter Leitung. Wissen ist Macht. Das Kursgebühren beträgt einschließlich der Lehrmittel für Teilnehmer unter 18 Jahren 4,50 M., über 18 Jahre 6 M. Die Anmeldung erfolgt am besten am ersten Unterrichtsabend im Graphischen Vereinshaus, Arbeit und Joberhalter ist mitzubringen. Schriftliche Anfragen beantwortet H. Urban, Berlin-Schöneberg, Eisenacher Str. 64.

Achtung: Arbeiter-Stenographen. Stenographen nach Stolze-Ehren, welche an einem Übungsabend oben genannten Vereins teilnehmen wollen, werden gebeten, ihre Adresse an Emil Wilschke, Berlin S., Reichstr. 5, einzufenden.

Der Bildungsausschuß.

10 Botenfrauen sucht sofort Expedition Grüner Weg 18.

30 Botenfrauen sucht Fritz News, Denter Str. 26, Expedition der „Freiheit“.

„Sanabo“-Behandlungsstelle für Harnleiden.

Aerztlicher Leiter: Sanitätsrat Dr. Wollt.

Berlin, Sillowstr. 12, part. Bewährte Neuentdeckung (D.R.P.), Tel.: Lützow 904. Spülverfahren zur Beseitigung von Sprechst. 12-2, 4-8, Sonntags 11-1. Ausflüssen u. chron. Katarrhen.

Prospekte.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Berlin.

Zwei öffentliche Volksversammlungen!

Montag, den 6. Januar 1919, abends 7 Uhr:

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15

Zentraltheatersäle, Alte Jakobstraße 30

Tagesordnung:

Die politische Lage und die Wahl zur Nationalversammlung.

Referenten: Wilhelm Viebig, G. Sabath.

Der Propaganda-Ausschuß.